

Abstimmung vom 11. März 2012

Thema	Die Grünliberalen lehnen die Zweitwohnungs- Initiative ab
Für Rückfragen	Nationalrat Beat Flach, Mobile +41 79 402 91 12
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	29.01.2012

Zersiedlung nicht noch fördern: Nein zur Zweitwohnungsinitiative

Die Grünliberalen setzen sich im Einklang mit Bundesrat und Parlament sowie den Parteien BDP, CVP, FDP und SVP für ein Nein zur Zweitwohnungsinitiative ein. Die Forderungen der Initiative nehmen zu wenig Rücksicht auf die regional unterschiedlichen Verhältnisse in der Schweiz und sind deshalb das falsche Mittel, um die Auswüchse des Zweitwohnungsbaus zu bekämpfen. Die Initiative nimmt in Kauf, dass potente Inverstoren einfach auf bisher unberührte Gebiete ausweichen und die Zersiedlung so sogar noch gefördert wird. Mit dem erst kürzlich revidierten Raumplanungsgesetz steht bereits jetzt ein flexibles, griffiges und vor allem besseres Instrument zur Lösung der Zweitwohnungsproblematik bereit.

Am 11. März 2012 wird in der Schweiz über die Initiative „Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen“ abgestimmt. Die Initiative fordert eine rigide Beschränkung des Zweitwohnungsanteils in jeder Schweizer Gemeinde. Das breit abgestützte überparteiliche Komitee von Parlamentarierinnen und Parlamentariern der BDP, CVP, FDP, glp und SVP anerkennt die Notwendigkeit von strengen Vorschriften um die negativen Folgen des Zweitwohnungsbaus zu bekämpfen. Die Zersiedlung der Schweiz muss gebremst werden und es muss dafür gesorgt werden, dass die einheimischen Familien erschwinglichen Wohnraum finden können. Die Zweitwohnungsinitiative ist dazu aber der falsche Ansatz.

Mit ihrer Forderung nach einer schweizweiten Begrenzung des Zweitwohnungsanteils auf 20 Prozent pro Gemeinde zwingt diese Initiative alle Kantone und Gemeinden in das gleiche Korsett. Sie blendet völlig aus, dass in den verschiedenen Regionen unterschiedliche Herausforderungen in Bezug auf die Zersiedlung und die Zweitwohnungsproblematik existieren. Damit verhindert sie, dass für die jeweiligen regionalen Verhältnisse angepasste Lösungen gefunden werden können.

Die Annahme der Initiative würde in vielen touristisch attraktiven Gemeinden zu einem sofortigen Baustopp für Zweitwohnungen führen. Trotzdem würde die Zersiedlung insgesamt nicht gebremst, weil dann mit dem Zweitwohnungsbau einfach in Gebiete ausgewichen würde, in denen der Anteil an Zweitwohnungen heute noch tiefer liegt. Damit wird die Zersiedlung der Landschaft gefördert und nicht eingeschränkt.

Der richtige Ansatz um die Auswüchse des Zweitwohnungsbaus zu bekämpfen, ist das verschärfte und bereits seit Juli 2011 in Kraft stehende revidierte Raumplanungsgesetz. Es wurde als Gegenvorschlag zur Initiative entworfen. Das revidierte Raumplanungsgesetz zwingt die Kantone und Gemeinden, die Zahl neuer Zweitwohnungen einzuschränken und verlangt zudem, dass Massnahmen ergriffen werden, um die Auslastung der bestehenden Zweitwohnungen zu verbessern und für Einheimische erschwingliche Erstwohnungen zu garantieren. Damit geht das revidierte Raumplanungsgesetz in der Bekämpfung der Zweitwohnungsproblematik viel weiter als die Initiative, lässt aber Raum für regional angepasste, individuelle Lösungen.

Aus der Überzeugung, dass die Initiative die Zersiedlung der Landschaft mit den falschen Mitteln bekämpfen will und mit dem revidierten Raumplanungsgesetz bereits ein besseres Instrument zur Verhinderung der Auswüchse des Zweitwohnungsbaus zur Verfügung steht, stimmen wir am 11. März Nein zur Initiative „Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen“.